

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend na⁴ mittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Fernsprecher 27.



Anzeigen

werden die sechsgepollene 3 mm hohe (Betit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; anwärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Beklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Nach-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmgebühr für Offerten und Kunstst. beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 12.

Donnerstag, den 21. Januar 1926.

19. Jahrgang.

Dem Glücklichen scheint das Gebet eine
anknigke, leere Medeweise, bis der Schme z den
11. klich n diese erhabene Sprache lehrt, durch
deren Hilfe er zu Gott redet

Die Krise beendet.

Als Reichkanzler Dr. Luther Anfang Dezember nach seiner Rückkehr aus London, wo er gemeinsam mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann die Unterzeichnung der Locarnoverträge vollzogen hatte, mit seinem Kabinett zurücktrat, glaubte man in parlamentarischen Kreisen allgemein hoffen zu dürfen, daß die Bildung der neuen Regierung spätestens bis Weihnachtserfolg sein dürfte. Diese Hoffnung war, wie wir es bei Regierungskrisen schon so oft erlebt haben, wieder einmal trügerisch. Die Verhandlungen über die Große Koalition zerfielen sich, unterdessen kamen die Weihnachtstagesfeier heran, in denen jegliche politische Tätigkeit ruhte. Nach Neujahr wurden dann die Verhandlungen über die Große Koalition von neuem wieder aufgenommen, jedoch mit dem gleichen negativen Ergebnis wie im verfloffenen Jahre. Schließlich verabschiedete man sich mit der Bildung einer sogenannten Regierung der Mitte, aber auch hier konnten die Parteien sich über die Belegung der einzelnen Ministerposten nicht einig werden. Und wer weiß, wie lange die Regierungskrise sich noch hingezogen hätte, wenn nicht Reichspräsident v. Hindenburg nunmehr mit aller Macht auf eine Beendigung der Krise gedungen hätte.

Am Dienstagabend empfing der Reichspräsident die Führer der vier für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien und erklärte ihnen mit aller Eindringlichkeit, daß die Lage des Landes eine längere Verzögerung der Regierungsbildung nicht mehr ertrage und jetzt eine Regierung unbedingt zustande kommen muß. Gleichzeitig teilte er mit, daß er unter den obwaltenden Umständen sich für verpflichtet gehalten habe, dem Reichkanzler zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Belegung der Ministerien vorzulegen. Zum Schluß bat er die Parteien, ihre Bedenken hinter die großen unterliegenden Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrieblende Schauspiel der unausgekehrten Regierungskrisis beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr als je erforderlich ist, wieder geschaffen wird.

Vom Palais des Reichspräsidenten begaben sich die Parteiführer in das Reichskanzlerpalais, wo Reichskanzler Dr. Luther ihnen seine Ministerliste übergab, die statt des Abg. Koch den Oberbürgermeister von Dresden, Kütz, für den Posten des Innenministers in Vorschlag brachte. Unter dem Eindruck der Erörterung des Reichspräsidenten gaben die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei alsbald ihre Zustimmung zu der vom Reichskanzler angelegten Ministerliste. Längere Zeit nahm nur die Beratung der demokratischen Fraktion in Anspruch die es als eine Brückenerklärung empfand, daß Dr. Luther auf den Einpruch der Bayerischen Volkspartei hin von einer Überleitung des Innenministeriums an den demokratischen Parteiführer, Koch, Abschied genommen hatte. Nachdem aber der Abg. Koch erklärt hatte, dem neuen Kabinett nicht angehören zu wollen, und seinerseits den Eintritt in die Koalition empfohlen hatte, und nachdem durch die Berufung des Dr. Kütz an seine Stelle die Teilnahme eines fraktionsmittelsüchtigen Mitglied des Reichspräsidenten im Standpunkt des fraktionsvorsitzenden in vollem Umfang teil, stimmte die Fraktion der Bildung des vorliegenden Kabinetts zu, damit im Interesse des Staates, der Wirtschaft und der Volkswohlfahrt ein parlamentarisches Kabinett sofort zustandekame.

Damit hatten sämtliche für die Regierungsbildung in Betracht kommende Parteien ihre Mitarbeit zugesagt, und der Reichskanzler konnte dem Reichspräsidenten mitteilen, daß das Kabinett der Mitte nunmehr gebildet ist. Das Kabinett hat noch in der gleichen Nacht die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden, sodas Reichskanzler Dr. Luther sein gesamtes Kabinett in kürzester Frist dem Reichstag vorstellen kann. In diesem Sinne verfügt die neue Regierung bekanntlich über eine Mehrheit, da sie sich nur auf die Parteien der Mitte (Deutsche Volkspartei, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Demokraten) stützt, aber bei der

zeitigen parlamentarischen Situation ist wohl anzunehmen, daß die beiden großen Flügelparteien des Reichstags, die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten, es nicht darauf absehen werden, der nunmehrigen Regierung ihre Lebensdauer zu verkürzen. Die Deutschnationalen stehen Dr. Luther schließlich nicht ganz unverzüglich gegenüber, und die Sozialdemokraten, die auf ihn bisher nicht zum besten zu sprechen waren, dürften doch etwas Rücksicht darauf nehmen, daß Zentrum und Demokraten in der neuen Regierung vertreten sind. Für eine gewisse Zeit erscheint also dieses zweite Kabinett Luther gesichert, wobei freilich Zwischenfälle nicht ausgeschlossen sind.

Das neue Kabinett.

Die Minister ernannt.

Amlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat den Reichkanzler Dr. Luther in seinem Amt bestätigt und auf seinen Vorschlag die Reichsministerien wie folgt besetzt:

- Reichsminister des Auswärtigen: Dr. Stresemann (M. d. N.),
- Reichsminister des Innern: Dr. Kütz (M. d. N.),
- Reichsminister der Finanzen: Dr. Reinhold (sächt. Finanzminister),
- Reichswirtschaftsminister: Dr. Curtius (M. d. N.),
- Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns (M. d. N.),
- Reichsminister der Justiz, zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt: Dr. Marx (M. d. N.),
- Reichswehrminister: Dr. Geßler,
- Reichspostminister: Stinng,
- Reichsverkehrsminister: Kofine.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist vorläufig Reichkanzler Dr. Luther beauftragt worden.

Das neue Kabinett der Mitte



Dr. Luther, Reichkanzler



Dr. Stresemann, Außen; Dr. Kütz, Innen; Dr. Reinhold, Finanzen; Dr. Curtius, Wirtschaft; Dr. Brauns, Arbeit; Dr. Marx, Justiz; Dr. Geßler, Wehr; Dr. Stinng, Post; Dr. Kofine, Verkehr

Regierungserklärung erst am Dienstag.

In Vorkonferenz des Reichstags wurde vereinbart, daß die Entgegennahme der Programmklärung der neuen Reichsregierung auf die Tagesordnung der Plenarversammlung vom Dienstag nächster Woche gesetzt werden soll. Nach der Entgegennahme der Regierungserklärung wird sich der Reichstag vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich mit dem Programm der neuen Regierung zu beschäftigen.

Die Fürstenabfindung.

Die Sozialdemokraten verlangen Volksentscheid. Der Sozialdemokratische Partei-Ausschuß hat beschlossen, den Antrag auf Volksgehören in der Frage der Fürstenabfindung zu stellen.

Der Antrag liegt im Wortlaut zwar noch nicht vor, aber man kann annehmen, daß er sich in Ueber-einstimmung mit der Rede des Reichstagspräsidenten Löbe in Frankfurt a. M. auf folgende zwei Punkte erstrecken wird: Ausschluss des Verfahrens vor den ordentlichen Gerichten und Regelung durch Gesetz in der Weise, daß das Vermögen der ehemals regierenden Fürsten in das Eigentum des Staates übergeht, daß aber die Fürsten, die ausreichendes Vermögen nicht besitzen, für ihren Lebensunterhalt eine durch die Landesgesetzgebung festzusetzende Rente erhalten.

Die Verhandlungen im Rechtsausschuß.

Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde die Beratung der Anträge zur Frage der Auseinanderlegung mit den Fürstentümern fortgesetzt. Der württembergische Gesandte teilte mit, mit dem Königsberger Fürstentum eine Vereinbarung erzielt worden, dagegen habe das Fürstentum weitere Ansprüche gestellt. Wegen Festsetzung dieser Ansprüche wurde jetzt die Frage der Einsetzung einer gemeinsamen Gutachterkommission für Heissen-Darmstadt ist, wie der heftige Minister Henzig dann erklärte, 1919 ein Vertrag abgeschlossen worden, den das großherzogliche Haus nunmehr als ungültig ansieht. Dieser Rechtsstreit schwebt noch.

Für Mecklenburg-Schwerin

erklärte Ministerpräsident Brandenstein, die Zuständigkeit des Reichsgesetzgebers sei für Mecklenburg-Schwerin in allen die Auseinanderlegung mit dem ehemaligen großherzoglichen Hause betr. Fragen ohne eine vorhergehende Aenderung der Reichsverfassung nicht gegeben. Eine Notwendigkeit einer solchen Aenderung der Reichsverfassung könne für Mecklenburg-Schwerin als vorliegend nicht anerkannt werden, da selbst in dem ungünstigsten Falle der Beurteilung des Landes zu dem im Schiedspruch festgestellten Aufwertungsbeträgen ein Staatsnotstand nicht bestehen würde.

In Oldenburg

ist, wie der Vertreter der oldenburgischen Regierung ausführte, nur um die Sammlungen ein Streit entstanden, der dadurch beigelegt wurde, daß der Großherzog auf jede Kapitalabfindung und Rente verzichtete.

Für Schaumburg-Lippe

teilte Staatsrat Steinbrecher noch mit: Vom Dominalbesitz habe der Fürst ein Fünftel behalten. Die Aufwertungsansprüche bezögen sich auf die Zufüsse des Landes zur Hofkammerverwaltung und zum Pensionsfonds der Hofbeamten, ferner auf Beträge, die in das Bergwerk gesteckt wurden. Hierüber sei jetzt ein Vergleich abgeschlossen worden, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 21. Januar 1926.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat den von der Reichsregierung zur Begutachtung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Einleitung eines Ausschusses für die Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft angenommen.

Auf der Fagung des Sozialpolitischen Ausschusses Deutscher Verbände wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen den Entwurf zur endgültigen Festsetzung des Reichswirtschaftsrats richtet.

• **Hindenburgs Dank an Kanitz.** Der Reichspräsident hat an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Grafen Kanitz, anlässlich seines Abscheidens aus der Reichsregierung ein Dankschreiben gerichtet, in dem er ihm seine Anerkennung dafür auspricht, daß Graf Kanitz in schwerer Zeit sein Amt übernommen und über zwei Jahre in selbstloser Pflichterfüllung geführt habe.

• **Ein neuer Finanzminister in Sachsen.** An Stelle des zum Reichsfinanzminister ernannten bisherigen sächsischen Finanzministers Dr. Reinhold will die demokratische Landtagsfraktion ihr fraktionsmitglied Dr. Dehne, Direktor der Sächsischen Staatsbank, für den Posten des Finanzministers in Vorschlag bringen. Dr. Reinhold wird noch die Etatsrede bei Eröffnung des sächsischen Staatshaltensplans für 1926 halten und dann sofort nach Berlin abreisen, um sein neues Amt anzutreten.

• **Reichsminister Kütz als Oberbürgermeister von Dresden beurlaubt.** Wie der Stadtrat Dresden mitteilt, ist beabsichtigt, den zum Reichsinnenminister ernannten Bürgermeister Dr. Kütz zunächst lediglih von seinen Amtsgeschäften zu beurlauben. Er tritt also einwillen noch nicht von seinem Amte zurück.

Rundschau im Auslande.

• Die deutsch-französischen Luftfahrerverhandlungen in Paris, die während der letzten Tage der Klärung bestimmter Fragen von Einzelgelehrten dienten, werden am heutigen Donnerstag in Kommissionenberatungen fortgesetzt werden. Bericht über eine bevorstehende Abreise der deutschen Delegation sowie den drohenden Abbruch der Verhandlungen entsprechen nicht den Tatsachen.

